

Streitplatz

Egon Bahr

Ostpolitik aus der Mitte Europas - damals und heute

Die Ostpolitik war kein Zufall. Sie kam nicht aus Versehen. Sie hatte einen Vorlauf. Ganz verschiedene Faktoren mußten sich bündeln, damit die Akten des Jahres 1970 entstehen konnten, die nun, 30 Jahre später, veröffentlicht werden können.

Die Geburtsstunde der Ostpolitik ist mit dem Bau der Mauer zu datieren. Das wußte keiner der damals Handelnden, weder in Moskau noch in Washington oder gar in Berlin. Die Westberliner fühlten sich als Objekt, dem übergeordneten und verständlichen Willen der Sieger unterworfen und daß die Zementierung des Status quo, die Teilung der Stadt, in der sich die Teilung des Landes und des Kontinents wie in einem Brennspiegel verdichtete, hinzunehmen sei; im Interesse des Friedens. Im Interesse des Friedens beugten sich die drei Westmächte, als sie Weisungen des Innenministers eines gar nicht vorhandenen Staates befolgten, der ihnen vorschrieb, daß sie nur noch einen Übergang nach Ostberlin benutzen durften; im Interesse des Friedens beugte sich erst recht der Senat, als er der Weisung der drei Schutzmächte folgte und die eigene Polizei zum Schutz der Mauer einsetzte, die unsere sympathischen Studenten schneller in die Luft jagen wollten, als sie wieder aufgebaut werden konnte. Das Interesse des Friedens rangierte über Legitimität und Menschenrechten: Der westliche Schießbefehl durfte den östlichen Schießbefehl nicht behindern; wir durften den Menschen, die Mauer und Stacheldraht überwinden wollten, keinen Feuerschutz geben und sie nicht frei schießen. Eine öffentliche Debatte über unterlassene Hilfeleistung fand nicht statt.

Es mußte also eine ganze Menge an eigentlich Unzumutbarem zusammenkommen bis man sich weigert, sich nur resignativ mit hilflosen Protesten abzufinden und bis zu der Bereitschaft, die Mauer, die niemand wegbrachte, wenigstens durchlässig zu machen - wenigstens für Stunden, wenigstens für Verwandte, wenigstens für

* Rede anlässlich des 30. Jahrestages der Unterzeichnung des „Warschauer-Vertrages“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen; gehalten am 05.12.2000 im Auswärtigen Amt, Berlin.

Feiertage. Aber selbst wirklich kleine Schritte statt großer Worte konnten nur durch Verhandlungen mit der Regierung der DDR gegangen werden, die noch gar nicht so genannt werden durfte. Das war der erste Tabubruch aus lokaler Not, kein großes Konzept. Weil auf Wunder zu warten, keine Perspektive bot, fanden ausgerechnet Deutsche an dem Ort, wo Besatzungsrecht unmittelbar bis zum März 1991 galt, eigene Bewegungs- und Handlungsmöglichkeiten, genannt Passierscheine. Wie ein Schwacher in kluger Berücksichtigung der Realitäten eigene Interessen gegenüber Mächtigeren durchsetzen kann, war damals zu lernen. Unter viel günstigeren Umständen gilt diese Definition für die deutsche Außenpolitik noch immer.

Der zweite Tabubruch ergab sich auf dem Wege des Nachdenkens über die eigenen Interessen und Möglichkeiten. Das ist bekanntlich immer eine riskante Sache. Als der Planungsstab feststellte, daß keinerlei Überlegungen oder Vorstellungen zur deutschen Einheit existierten, begann er seine Arbeit mit dieser Zielrichtung, als ob wir schon souverän wären. Und das führte dann schnell zum dritten Tabubruch: Es wäre nicht nur falsch, sondern, was schlimmer ist, dumm, eine Position behaupten zu wollen, wonach erst die deutsche Einheit kommen müsse und dann die Entspannung folgen dürfe, daß es sicheren Frieden nicht ohne Einheit gäbe.

In dem Augenblick, in dem der Handlungsspielraum einer eigenständigen deutschen Politik analysiert wurde, ergab sich die eiserne Logik: Weil keine isolierte Lösung der deutschen Teilung vorstellbar war, mußte die Überwindung der europäischen Teilung angestrebt werden. Wir haben das Ziel der deutschen Selbstbestimmung nicht, wie Garton Ash vermutet hat, „im Namen Europas“ getarnt, sondern wir kamen zu dem Ergebnis, daß erst nach einer Sicherheitsstruktur für Europa die deutsche Einheit möglich sein wird. Schon in den sechziger Jahren hatte Willy Brandt formuliert: „In Wirklichkeit ist die Aufgabe der Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates gleichbedeutend damit, die Mitte Europas gesunden zu lassen und damit dem Kontinent Frieden zu garantieren. Eine Last würde von den Völkern in Ost und West genommen, wenn die Deutschen darangingen, eine Außenpolitik der Offenheit und des friedlichen Ausgleichs zu entwickeln und durchzuführen.(...) Die Deutschen sind zu fürchten von den Russen als amerikanische Speerspitze, von den Amerikanern und den westeuropäischen Völkern, falls sie Potenz bekämen, einen großen Konflikt auslösen zu können. Die Sorgen beider Seiten können aufgehoben werden, wenn die Deutschen vereint, einsehbar und offen in einem europäischen Sicherheitssystem ihre Rolle der Friedenserhaltung spielen würden. Für ihre Ziele müssen sie in Ost und West die gleiche Sprache sprechen, dieselben Prinzipien vertreten. Sie dürfen nicht im Osten nationalen Nachholbedarf decken und im Westen vorleistungsgeneigt ihren supranationalen Ehrgeiz vertreten.“

Das Zitat macht deutlich, daß die Politik aus der Mitte Europas gedacht und entwickelt wurde, schon bevor sie den Namen Ostpolitik erhielt. Es macht natürlich auch deutlich, wie viel altbekannten Themen man nach 35 Jahren wieder begegnet, trotz aller gewaltigen Veränderungen seither. Das Zitat zeigt schließlich die frühe

Erkenntnis, daß Machtfragen und Sicherheitsinteressen ein Schlüssel zu unserem Ziel sein würden.

Wir waren uns im Planungsstab darüber im Klaren, daß die Sieger die Deutschen nicht in die Freiheit ihrer Einheit entlassen würden, wenn nicht alle Nachbarn sicher vor Deutschland wären. Die europäische Sicherheit wurde denn auch für alle Regierungen seit 1969 das vorrangige Ziel, erst im Frühjahr 1990 modifiziert, es müsse pari passu verwirklicht werden, also gleichzeitig mit der - schnell näher rückenden - Einheit. Die Geschichte verlief anders. Wir haben die Einheit, aber über ein stabiles System der Sicherheit für ganz Europa wird noch immer gestritten. Es ist immer noch offen, ob der Weg dorthin über die Ausweitung der NATO führen soll oder die Ausschöpfung der NATO-Rußland-Akte zu einem System der gesamteuropäischen Sicherheit verfestigt werden soll. Insoweit ist die alte Ostpolitik unvollendet.

Die Analyse von 1969 wurde in ihrem Kern bestätigt, als Bush und Gorbatschow die sicherheitspolitische Entscheidung vereinbart haben, daß die Kontrolle über Deutschland nach dem Rückzug der sowjetischen Elitarmee nur noch durch Amerika mit dem Instrument der NATO ausgeübt werden kann, also die Einbeziehung Ostdeutschlands unter Sonderbedingungen in die NATO. Das war der sicherheitspolitische Durchbruch zur Einheit; zwischen Washington und Moskau erzielt, ohne Paris, London, Warschau oder Bonn. „Deutschland liegt an der Leine“, wie der amerikanische Außenminister Baker in seinen Erinnerungen formuliert hat. Wie immer man es ausdrücken will: Die Sieger haben ihr Ziel erreicht, von Deutschland geht keine Bedrohung mehr aus; oder: Die Mitte Europas ist nicht mehr allein kriegsführungsfähig; oder: Sicherheitspolitisch hat Europa die deutsche Einheit verdaut. Das Ergebnis ist stabil und befreit die deutsche Außenpolitik von entsprechenden Verdächtigungen oder Behinderungen.

Die andere Erkenntnis des Planungsstabes führte zu einem weiteren Tabubruch der bis dahin gültigen Außenpolitik. Niemand wird Deutschland in die Freiheit seiner Einheit entlassen, wenn danach territoriale Ansprüche zu erwarten sind. Niemand im Westen teilte oder unterstützte den Traum über die Wiedergewinnung der Grenzen des Jahres 1937. Einheit kann nur durch das Zusammenfügen von Bundesrepublik und DDR entstehen. Die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie stellte den ersten vorbereitenden Schritt zur Einheit dar.

In zwei Tagen werden wir der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages vor 30 Jahren gedenken. Es erforderte damals Mut, den Heimatvertriebenen ihre gepflegte Illusion auf Rückkehr zu nehmen, die bittere Wahrheit zu sagen und damit von denen, die ihre Heimat verloren hatten, mehr als von allen anderen Landsleuten verlangen zu müssen. Es war nicht angenehm, 1990 zu erleben, wie Helmut Kohl sich wider besseren Wissens aus innenpolitischen Interessen scheinbar gewehrt hat, die deutsch-polnische Grenze anzuerkennen, die natürlich keinen Millimeter zu ändern war, und seinen Außenminister zur Unterzeichnung zu schicken. Aber der Bundeskanzler war vor 10 Jahren weder nachlässig noch unverantwortlich, als er keinerlei

private Entschädigungsvorbehalte beim Abschluß seines Vertrages machte. Mit anderen Worten: Polen braucht keine Sorgen vor deutschen Erwartungen oder gar Bedingungen in Bezug auf Eigentum zu haben, damit es fit für Europäische Union wird. Diese Vergangenheit darf die Zukunft nicht mehr belasten.

Das gilt auch für ein anderes Moment. 1970 war den Verantwortlichen auf deutscher Seite bewußt, daß unseren Gesprächspartnern die schreckliche Tradition gegenwärtig sein mußte, wie oft sich Deutsche und Russen zu Lasten Polens verständigt haben. Aber das durften beide Seiten im Dezember vor 30 Jahren nicht einmal zu erkennen geben, obwohl die Bonner gewissermaßen aus Moskau kamen und dort zusammen mit den sowjetischen Partnern die Struktur des Warschauer Vertrages vereinbart hatten. Denn Deutsche wie Polen kannten die Führungsrolle der Sowjetunion. Wir hatten richtig eingeschätzt, daß weder Gomulka noch Ulbricht fähig gewesen wären, die im Pakt beschlossene Bedingung aufzuheben, wonach die völkerrechtliche Anerkennung der DDR jeder Verhandlung vorangehen müßte. Diese Bewegung konnte nur in und durch Moskau erreicht werden. Die Reihenfolge war ein unvermeidbarer Schönheitsfehler. Polen war aber das erste Land im Block, dem wir schon 1968 inoffiziell unser Konzept mitgeteilt hatten. Brandt empfand seine polnischen Neigungen unerwidert, als er in Warschau erstmals seine Perspektive erläuterte, den deutsch-polnischen Beziehungen die gleiche Qualität wie den deutsch-französischen zu geben und ein deutsch-polnisches Jugendwerk ins Leben zu rufen. Das blieb 1970 ohne Echo. Man kann sich seine verwunderte Genugtuung vorstellen, 20 Jahre später gerade dies als neue wundervolle Idee lesen zu dürfen.

Etwas anderes ist es mit der Solidarnosc: Die habe auch ich unterschätzt in ihrem Augenmaß, die Sehne nicht zu überspannen, weil die Sowjetunion nicht hinnehmen konnte, wenn die Verbindung zu ihren 20 Divisionen in der DDR unkontrollierbar würde. Es schien unwahrscheinlich, daß Polen die einzige Ausnahme dafür sein könnte, daß ein kommunistisch regiertes Land im Block von unten statt von oben veränderbar sei. Verletzt fühlte ich mich durch den Verdacht, wir hätten Verständnis für das Regime gezeigt, weil Solidarnosc unbequem oder gar störend für unsere Entspannungspolitik gewirkt habe. Wir hatten wie andere auch die Sorge, daß ein Einmarsch der Sowjets nicht nur vorbereitet, sondern möglich wäre und blutiger würde als 1956 in Ungarn, ohne daß der Westen wie damals den Polen helfen konnte.

Polen ist eben etwas anders als andere. Das war dann auch abermals zu lernen; denn das Erstgeburtsrecht der Reform vom Einparteien- zum Mehrparteienstaat und damit der Weg zur Demokratisierung eines kommunistisch regierten Staates unter der Verantwortung von Mieczysław Rakowski kann Polen nicht genommen werden. Ich kann außerdem nicht vergessen, daß 1990 nur in Polen, einzigartig in ganz Europa, eine herzliche Freude bei der Aussicht hörbar war, daß die kommunistische Festung DDR verschwinden und Polen endlich seine ersehnte Grenze mit dem Westen haben werde. Ein Volk ist zu bewundern, das ohne seinen unbändigen Stolz, zuweilen Nützlichkeit und Vernunft mißachtend, die Tragödie seiner Geschichte

nicht überlebt hätte. Im Jahr 2000 können wir die nahe Zukunft ins Auge fassen, wenn wir Polen als willkommenen Gefährten und Mitstreiter im Boot der Ostpolitik aus der europäischen Mitte erwarten.

Bei den Sondierungen im Frühjahr 1970, die im August zum Moskauer Vertrag führten, stellte sich die Frage der Grenzen schnell als ein Kernproblem heraus. Wenn wir uns nicht darüber verständigten, könnten wir uns über nichts verständigen, erklärte der sowjetische Außenminister. Die Grenzen müßten „unveränderbar“, „unberührbar“, „unwandelbar“, „unzerbrechbar“ sein. Das war die Skala der angebotenen Begriffe. Unsere Position stellte das Prinzip der „Unverletzlichkeit“ gegenüber. In diesen Vokabeln spiegelte sich der zunächst unüberwindbare Interessengegensatz zwischen Zementierung des Status quo und Überwindung des Status quo. Die Lösung wurde durch das übergeordnete Gesetz des Gewaltverzichts erreicht. Alle Grenzen, gleichgültig wie, wann und durch wen sie zustande gekommen sind, müssen dem Gewaltverzicht unterliegen, sind unverletzlich, aber können durch friedliche Übereinkunft verändert oder aufgehoben werden.

Dieses bilaterale Ergebnis wurde wörtlich 1975 in Helsinki zum Grundgesetz der gesamteuropäischen Zusammenarbeit gemacht und 1990 in der Charta von Paris bestätigt und ist natürlich ein unentbehrlicher Pfeiler der OSZE.

Dieses Grundgesetz des Gewaltverzichts haben die Republiken anerkannt, die sich nach dem Ende der Sowjetunion gebildet haben. Man könnte den Eindruck gewinnen, daß es vergessen wurde oder unbeachtet blieb, nachdem Jugoslawien zerbrach. Von Stabilität kann jedenfalls nicht gesprochen werden, solange in Bosnien-Herzegowina als auch im Kosovo fremde Truppen stationiert sind, um den Ausbruch neuer Gewalt zu verhindern. Deshalb erscheint mir die Bezeichnung Stabilitäts-pakt als Beschwörungsformel für ein wünschenswertes Ergebnis, solange es keinen Pakt der Beteiligten mit verbindlichen Verpflichtungen gibt. Ein Gebiet mit umstrittenen oder unsicheren Grenzen kann nicht stabil sein. In einer derartig labilen Region können zwar notwendige Infrastrukturen wiederhergestellt werden, aber ohne die Ergänzung privater Investitionen kaum jene wirtschaftliche Erholung und Gesundung, die für Stabilität unentbehrlich sind.

Es handelt sich um fragile Gebilde, die im Ergebnis des überragenden Interesses von außen entstanden sind, um Gewalt, Bürgerkrieg und Metzeleien zu beenden. Aber besonders für Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro spricht niemand von einem gesicherten Frieden. Föderation, Sezession, Autonomie und eine Unabhängigkeit, die nicht nach Lebensfähigkeit fragt, sollen durchgesetzt werden, sich gegenseitig ausschließend. Zum Glück hat der Machtwechsel in Belgrad die Lage erleichtert, weil Stabilität in der Region ohne die Beteiligung Serbiens ebensowenig geschaffen werden kann, wie vor 25 Jahren der Helsinki-Prozeß ohne die Beteiligung der DDR möglich gewesen wäre. Nachdem Jugoslawien in die OSZE zurückgekehrt ist, könnte damit ein neuer Ansatz gefunden werden, denn das Regelwerk dieser europäischen Organisation mit dem Grundsatz der unverletzlichen Grenzen bindet alle Teilnehmer, nicht nur Belgrad.

Erinnern wir uns: Die Zustimmung Belgrads, aber auch Moskaus für den Abzug der jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo und das Einrücken fremder Streitkräfte erfolgte auf der allgemein akzeptierten Grundlage der unveränderten Grenzen der jugoslawischen Föderation. Selbstbestimmung will neue Grenzen. Man wird das Prinzip der Selbstbestimmung nicht den Serben und Kroaten in Bosnien-Herzegowina verweigern können, wenn es den Kosovo-Albanern zugestanden wird. Erinnern wir uns: Die Deutschen haben ihre Selbstbestimmung dem höheren Wert des Gewaltverzichts zur Änderung der unverletzlichen Grenzen untergeordnet.

Nach dem Machtwechsel in Belgrad und nach den Wahlen in den USA könnte es an der Zeit sein zu überlegen, wie eine stabile Regelung für die ganze Region des früheren Jugoslawien geschaffen werden kann, natürlich unter Mitwirkung aller Beteiligten. Ein Schlüssel dafür könnte in der Rückbesinnung auf das europäische Grundgesetz gefunden werden, also der Festlegung, Bestätigung oder Änderung international anerkannter Grenzen, die unter das überragende Gebot des Gewaltverzichts gestellt und garantiert werden. Wer dieses Gebot bricht, sähe sich dem verpflichtenden Widerstand aller Garantiestaaten gegenüber. Ein internationaler Vertrag über anerkannte Grenzen wäre die verlässliche Grundstruktur der Stabilität, das Korsett, das den Stabilitätspakt hält, damit er seine segensreichen Wirkungen entfalten kann.

Es besteht wenig Grund zur Sorge, die neue Administration in Washington könnte sich aus der Region zurückziehen. Solange das unentbehrliche Rußland beteiligt bleibt, ist der amerikanische Abzug unwahrscheinlich. Aber selbst wenn diese Erwägung falsch ist, wäre es doch ein unerträgliches Armutszeugnis der Europäer, wenn sie Angst hätten oder sich nicht zutrauten, diese relativ kleine Aufgabe auf dem Wege zum stabilen Frieden für diese begrenzte europäische Region zu übernehmen.

Neben der Unverletzlichkeit der Grenzen ist der Gewaltverzicht das zweite Element der alten Ostpolitik, das Bedeutung für die Gegenwart hat. Gewaltverzicht widerspricht dem Wertgefühl der USA. 1970 und in Helsinki haben es die Amerikaner akzeptiert in einer gewissen Nachsichtigkeit, daß es ja nichts schaden könne, solange die militärische Stärke der USA dahintersteht und die Doktrin der Abschreckung garantiert. Meine kürzliche Frage an ein Mitglied des Planungsstabes des State Department, ob Amerika heute noch ein Gewaltverzichtabkommen unterschreiben würde, wurde mit der fröhlichen Überzeugung beantwortet: „Natürlich nicht“. Man kann sich schwer vorstellen, daß Henry Kissinger zu der Formulierung der Außenministerin Madeleine Albright gefunden hätte: „Wozu hat man die beste Armee der Welt, wenn man sie nicht benutzen darf?“ Aber damals gab es noch die Sowjet-Union.

Gewaltverzicht verlangt, daß es keinerlei Interessen geben sollte, keinerlei ungelöste Fragen, keine konflikträchtigen Probleme, die den Einsatz von Gewalt rechtfertigen. Gewaltverzicht verlangt nicht, sich zu mögen, unterschiedliche Auffassungen zu konvergieren, Absichten und Zielen abzuschwören; verlangt ist die Aufgabe

von Gewalt, weil damit die Voraussetzung geschaffen wird, Haß durch Vernunft zu ersetzen.

Unbestreitbar ist Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg; aber unbestreitbar ist es unmöglich, im Krieg die Menschenrechte, die solidarische Gesellschaft und die Umwelt zu schützen. Vom ehemaligen Jugoslawien über den Kaukasus und Mittelasien bis nach Afrika wäre viel gewonnen, wenn die Abwesenheit von Krieg garantiert wäre.

Amerika, in der Selbstsicherheit seiner wohl uneinholbaren militärischen Stärke, behält sich eine Politik der freien Hand vor, die selbst entscheidet, wann und wo es im Interesse seiner globalen Verantwortung interveniert, notfalls auch ohne Mandat der Vereinten Nationen und ohne Verbündete. Es sieht nicht so aus, als ob die Idee einer Weltordnung wiederbelebt würde, die wir George Bush, dem älteren Präsidenten verdanken; denn in einer Weltordnung wären alle Staaten, eben auch die USA, an deren Regeln gebunden.

Gewaltverzicht war die Politik, die aus Schwäche Stärke macht. Was damals für die alte Bundesrepublik galt, kann heute für Europa gesagt werden: Es ist militärisch schwach. Eine Politik der freien Hand wäre lächerlich. Es gewinnt seine Stärke in der Bündelung seiner wirtschaftlichen Kraft und der Idee der politischen Zusammenarbeit. Gewaltverzicht beinhaltet Prävention und Verhandlungen zur Beendigung von Krisen, ja selbst von Kriegen. Das Beispiel war der Fünf-Punkte-Plan, der in diesem Haus entstanden ist, der Rußland ins Boot holte, von China akzeptiert, von den UN ein Mandat erhielt, von den Amerikanern unterschrieben wurde und einen Krieg beendete, der bis zur Kapitulation Belgrads beschlossen war. In dieser erfolgreich angewendeten europäischen Methode des Gewaltverzichts lag eine gewisse Emanzipation von Amerika. Europäische Selbstbestimmung ohne jeden Beigeschmack von Anti-Amerikanismus.

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es auch in Zukunft zu Situationen kommt, in denen die Politik der freien Hand und die amerikanische globale Verantwortung nicht mit der europäischen Doktrin des Gewaltverzichts und der vorrangigen Verantwortung für Europa übereinstimmt. Die USA haben durch die Luftschläge gegen Jugoslawien demonstriert, daß die Bezeichnung Europas als sicherheitspolitisches Protektorat Amerikas keine Beleidigung, sondern Wirklichkeit ist. Der Schock hat die Europäer zu dem logisch richtigen Beschluß geführt, in drei Jahren eine eigene Streitmacht aufzustellen, um eigenständig handeln zu können. Das schließt ebenso logisch die Kompetenz ein, *Ja* oder *Nein* zu geplanten Aktionen Amerikas zu sagen. Der Emanzipation des EURO soll die Emanzipation auf militärischem Gebiet folgen, in beiden Fällen selbstbestimmt durch europäische Interessen gegenüber dem amerikanischen Freund, also mehr Schild Europas als Schwert Amerikas.

In einer kleinen Parenthese sollte der Vollständigkeit halber auf einen innenpolitischen Aspekt hingewiesen werden, der einem heute seltsam vertraut vorkommt. Damit ist nicht die Leidenschaftlichkeit der erbitterten Auseinandersetzungen der

seinerzeit umstrittenen Ostpolitik gemeint, von denen sich nicht einmal die wissenschaftliche Kommentierung freihalten konnte. Wichtiger sind die Thesen Brandts, der sich ein selbstbewußtes Deutschland in einem selbständigen Europa wünschte, mit einem Stolz ohne Überheblichkeit auf die eigene Nation. Das könnte Leitlinie für manche Diskussion der Gegenwart sein.

Die Doktrin des Gewaltverzichts, die selbstverständlich Beteiligung an Aktionen der UN oder der OSZE nicht ausschließen darf, muß auf eine Entwicklung drängen, die Abhängigkeit von der ultima ratio zu verringern, Abrüstung kontrolliert weiterzutreiben, die Felder auszuweiten, in denen Abschreckung durch Zusammenarbeit abgelöst werden kann, Bedrohung durch Verflechtung, um dem Zustand immer näher zu kommen, in dem die Stärke des Rechts verlässlich das Recht des Stärkeren ersetzen kann.

Eine solche Doktrin kann nicht eine der USA sein. Sie entspricht den europäischen Realitäten und Interessen; sie kann erst nach dem Ende der Sowjet-Union systematisiert werden, im Vertrauen in die Stärke bleibender amerikanischer Interessen in Europa.

Der Logik wird nicht zu entkommen sein, daß die europäische Identität, die Stärke des Schwachen durch das Prinzip Gewaltverzicht nur erreichbar ist, wenn es nicht grundsätzlich dem amerikanischen Prinzip der freien Hand des Starken untergeordnet wird. Stärke, gestützt auf militärische Fähigkeiten, Stärke, gestützt auf Gewaltverzicht können in kritischen Fällen einander widersprechen. Wer die Selbstbestimmung Europas will, kann sie nicht zur Disposition Washingtons stellen. Das ist der natürliche Lauf der Geschichte und Geschichte darf man nicht übel nehmen. Amerika, das jahrzehntelange Kindermädchen Europas, sollte das verstehen.

Ein Vergleich der politischen Welt am Ende des Jahres 2000 mit der vor 30 Jahren zeigt zuerst die gewaltigen Veränderungen: Die Sowjetunion existiert nicht mehr, der Warschauer Pakt auch nicht, Deutschland ist vereint, von Peking geht keine missionarische kommunistische Kraft aus, Indien und Pakistan verfügen über Atomwaffen, an der Spitze Südafrikas steht ein schwarzer Afrikaner. Die Träger großer Namen sind ins Reich der Schatten gegangen: Mao, Nixon, Breschnew, de Gaulle, Sadat, Brandt. Um so überraschender ist, wieviele alte Bekannte man trifft, wenn man sich mit der Zeit vor einer Generation beschäftigt. Zäh haben sich alte Bekannte am Leben und in den Schlagzeilen gehalten. Zu solchen Evergreens zählen das Verhältnis zwischen Amerika und Europa, neuerdings *transatlantisch* genannt, die Reform der NATO, mehr Verantwortung der Europäer für ihre Verteidigung, das Dreiecksverhältnis zwischen Washington, Moskau und Peking, die Modernisierung der Atomwaffen und ihre Nichtverbreitung und natürlich der Konflikt im Nahen Osten. Man kann darüber grübeln, ob und wenn ja, warum wir zuwenig das Wichtige vom Unwichtigen, präziser: Macht- und Sicherheitsfragen von anderen auch wichtigen Fragen unterschieden haben, und ob das in den nächsten 30 Jahren so bleiben wird.

In Bezug auf einen weiteren Dauerbrenner beginne ich mit der Erinnerung an den ersten Besuch eines sowjetischen Außenministers nach dem Krieg in der Residenz unserer Botschaft Anfang Februar 1970. Da fragte mich Gromyko, wann denn mit der Europäischen Union zu rechnen sei. Er fragte nicht, wann sie zu befürchten sei, aber so war es gemeint. Meine Antwort: „Wiedervorlage in 20 Jahren“, hat bei dem Mißtrauischen meine Glaubwürdigkeit wahrscheinlich nicht erhöht. Als ich das Zuhause berichtete, kassierte ich die milde Rüge von Brandt: „Du bist ein Defätist.“ Seither sind 30 Jahre vergangen und ich werde froh sein, wenn wir in 10 Jahren die Europäische Union erreicht haben, die diesen Namen verdient. Man stelle sich vor, daß Washington die ganze Zeit mit seinen Entscheidungen auf die Europäer gewartet hätte, die 30 Jahre lang beschlossen haben, daß sie nun mit einer Stimme sprechen werden. Glücklicherweise haben die USA gehandelt und zwar im übergeordneten Interesse der Sicherheit. Sie haben mit dem „Reich des Bösen“ Verträge zur Begrenzung und Reduktion der Interkontinentalraketen geschlossen. Um mehr Sicherheit zu erreichen, wurde nicht gewartet, bis im Kreml ein demokratischer Mitspieler sitzt, in Warschau Solidarnocs regiert und Prag die Planwirtschaft aufgibt.

Dieses Verhalten entsprach dem dritten Aspekt der alten Ostpolitik, die die Palme-Kommission auf die Formel der „gemeinsamen Sicherheit“ gebracht hat. Der gilt auch nach dem Ende der tödlichen Bedrohung mit seinen Facetten. Erstens: Sicherheit ist noch wichtiger als die Europäische Union und zweitens: Nur für Gesamteuropa ist Sicherheit zu stabilisieren.

Zu der einen Seite der gemeinsamen Sicherheit ist offensichtlich, daß die USA Mitglied der Europäischen Union nicht werden wollen und Rußland nicht werden kann, sagen wir mal bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, selbst wenn es wollte. Beide Länder sind aber unentbehrlich für die Organisation der Sicherheit in Europa. Dieses Thema muß wie in den letzten 30 Jahren unabhängig von der Entwicklung der EU gesehen und behandelt werden.

Zu der anderen Seite der gemeinsamen Sicherheit sollte das damalige Ziel leichter erreichbar sein. Für den ganzen Kontinent konnte Sicherheit nur mit dem potentiellen Gegner geschaffen werden; nun sind Partner einzubeziehen unabhängig davon, ob sie mehr oder weniger demokratisch, mehr oder weniger marktwirtschaftlich regiert werden und wieweit sie auf dem Wege der Rechtsstaatlichkeit sind, ob sie Mitglied der NATO sind oder nicht, oder hinein wollen oder nicht. Die gesamt-europäische Sicherheit darf nicht warten, bis diese unterschiedlichen Prozesse abgeschlossen sind.

Die Jahrhundertchance der gemeinsamen unzerbrechbaren Stabilität darf nicht vertan werden. Von neuem stellt sich die Aufgabe, Krieg zwischen Staaten auf unserem Kontinent unmöglich zu machen. Was damals die Blöcke schafften, muß erst recht ohne sie möglich sein, diesmal ohne Verzicht auf viele Freiheiten für viele Völker. Keine neue Trennlinie mit der Tendenz, gegeneinander oder voreinander Sicherheit zu errichten, darf entstehen. Zwei international beschlossene Instrumen-

te, die NATO-Rußland-Akte und die OSZE mit der KSE warten darauf, ihre ungenutzten Potenzen zu entfalten.

Geschichtlich haben die zurückliegenden 30 Jahre die Mitte verbreitert für die europäische Ostpolitik. Erst Polen und Tschechien bringen Deutschland in die privilegierte Mittellage. Polen wird wie Frankreich darauf achten, seine nationale Identität zu wahren, einen Superstaat zu verhindern und dennoch die nötige globale Handlungsfähigkeit Europas zu gewinnen. Seine geographische Lage als auch seine Erfahrung lassen es zu einem Anwalt der Nachbarn werden, die auch ohne Mitgliedschaften nicht ausgegrenzt werden dürfen. Die Ostpolitik Polens wird zur Ostpolitik der EU werden. Das öffnet interessante Perspektiven.

Die ungelösten Fragen der europäischen Stabilität liegen im Osten. Daraus ergibt sich die Substanz einer Politik: Ostpolitik ist nötig, weil der Westen und die Mitte sich nicht genügen, unvollständig nicht den Frieden leben können, ohne den alles nichts ist. Der weise europäische Pole Andrzej Szczypiorski hat in einer Rede am Tage der Deutschen Einheit vor einem Jahr gefragt: „Haben die Deutschen eine Zukunftsvision?“ Ich denke die Frage ist berechtigt. Ohne Vision, wo es hingehen soll, geht es nicht, weder für das Europa, das sich *Union* nennt, noch für das größere Europa.

Nach seinem Rücktritt hat sich Brandt von seinem Partner Breschnew verabschiedet, in wenigen Zeilen, und dabei den Kern der Ostpolitik formuliert: „Mein Rücktritt ist die für mich gegenwärtig einzige Möglichkeit, für die große Sache zu arbeiten und zu kämpfen, die wir begonnen haben: Den Frieden in Europa unzerbrechbar zu machen.“ Das können nun alle heute Verantwortlichen unter günstigeren Umständen vollenden. Dazu ist ihnen Glück zu wünschen.